

Wahlprüfstein der Architekten- und Stadtplanerkammer

1. Zuständigkeit für das Planen und Bauen innerhalb der Landesregierung bündeln - Baukultur als Standortfaktor stärken

Wir stehen einem - vereinfacht - "Bauministerium" grundsätzlich aufgeschlossen gegenüber. Mindestens die Bereiche, die mit der Mammut-Aufgabe des Wohnungsbaus zu tun haben, müssen unbedingt wieder in einem Ministerium gebündelt werden.

Für wichtiger als die organisatorische Struktur der Landesministerien halten wir aber, dass die Aufgaben mit ausreichend Mitteln ausgestattet werden. Es darf nicht durch Personalmangel zu "Flaschenhälsen" in der Planung kommen. Der Sanierungsstau bei der Infrastruktur muss dringend angegangen werden. Und wir wollen massiv in einen qualitativ hochwertigen öffentlichen Wohnungsbau investieren.

2. Landesentwicklung programmatisch betreiben - Regionalisierung als Chance der Globalisierung verstehen

Die Probleme des Ballungsraums und des ländlichen Raums bedingen einander zu großen Teilen. Der fehlende Wohnraum in den Städten entspricht der Überalterung der Dörfer. Eine kluge Landesentwicklung muss daher Konzepte für die Entwicklung aller Regionen haben. Statt der Fortschreibung des LEP 2000 muss ein grundlegend überarbeiteter Landesentwicklungsplan die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts in den Blick nehmen: Wohnraum, Klimawandel, Energiewende bei gleichzeitigem Netto-Stopp der Flächenversiegelung.

Vor allem ländliche Regionen müssen stärker gefördert werden, damit sie wirtschaftlich und kulturell nicht abgehängt werden und nicht immer mehr Menschen diese Regionen verlassen. Um dieser Entwicklung zu begegnen, fordert DIE LINKE strukturpolitische Maßnahmen für ländliche Regionen. Während der Bevölkerungsdruck auf die Ballungsgebiete wächst, stellen sich auf dem Land ganz andere Probleme: Der ÖPNV muss ausgebaut werden, Schulen müssen erhalten bleiben, Ämter und Behörden müssen bürgerinnen- und bürgernah zur Verfügung stehen, Arbeits- und Ausbildungsplätze in mittelständischen Betrieben gefördert und der Breitbandausbau unterstützt werden, Freizeit und Kulturangebote erhalten bleiben.

3. Szenarien für die Metropolregion entwerfen - Vitale Gemeinden als Identitätsanker im ländlichen Raum sichern

Hessen ist geprägt von einem Stadt-Land-Gefälle. Während es im Ballungsraum Rhein-Main darum geht den täglichen Verkehrsinfarkt und dem Mangel an bezahlbaren Wohnraum zu begegnen, kämpfen viele im ländlichen Raum gelegene Kommunen um die Aufrechterhaltung ihrer Grundversorgung.

Die Metropolregion benötigt im Grunde eine Reform, die grundsätzliche Fragen beantworten muss. Wer gehört eigentlich zur Metropolregion? Welche demokratische Legitimation wäre für eine Verbundversammlung angebracht? Wie können die sich in der Region befindenden Städte und Gemeinden gemeinsam das Wohnraum- und Verkehrsproblem lösen?

Im ländlichen Raum sind einige strukturpolitische Maßnahmen notwendig, damit die Kommunen dort nicht abgehängt werden. Notwendig ist daher ein Ausbau der kommunalen Selbstverwaltung, die den Kommunen mehr Handlungsmöglichkeiten eröffnet. Sinnvoll wäre zudem eine regionale Abstimmung zwischen Ballungsgebieten und ländlichen Regionen, die z.B. sinnlose Unterbietungswettbewerbe bei Gewerbesteuern unterbinden und sinnvolle regionale Entwicklungsplätze für Arbeitsplätze und Wohnraumplanung eröffnen.

4. Den öffentlichen Raum als Ort der Bürgergesellschaft schützen - Stadt 4.0 sozial gerecht und lebenswert gestalten

Die Stadtentwicklung darf nicht nur von Kommerz und Immobilienspekulation getrieben sein. Innenstädte sind keine klinisch reinen "Malls", sondern öffentlicher Raum. Auf die Einhaltung geltender Gesetze muss geachtet werden, aber es darf keine Verdrängung "unerwünschter" Bevölkerungsgruppen geben, z.B. von Obdachlosen. Bezahlbarer Wohnraum auch in den Innenstädten ist dringend notwendig, ebenso Raum für Kultur und nichtkommerzielle Begegnung und eine intakte soziale Infrastruktur. Hierfür muss das Land die Kommunen auch endlich wieder finanziell ausreichend ausstatten.

Der fahrende und ruhende Kfz-Verkehr belegt zu viel Raum in den Großstädten - Altlasten der "Autogerechten Stadt". Hier wäre eine Umverteilung und Neukonzipierung jenseits von Stückwerk notwendig.

5. Gesellschaftlichen Zusammenhalt durch qualitätsvollen und bezahlbaren Wohnungsbau fördern - Pluralisierung der Lebensstile und Wohnformen Raum geben

Die Verknappung bezahlbaren Wohnraums vor allem im Ballungsgebiet Rhein-Main und an den hessischen Hochschulstandorten führt zu großen Belastungen vor allem bei Menschen mit niedrigen Einkommen. Der Bestand an Sozialwohnungen hat in den letzten Jahrzehnten dramatisch abgenommen. Von den 205.000 Wohnungen 1991 sind gerade noch etwas mehr als 85.000 erhalten geblieben. Gerade in den vergangenen fünf Jahren unter schwarz-grün hat diese Negativentwicklung dramatisch an Fahrt aufgenommen.

Um das Ziel zu erreichen, dass kein Haushalt mehr als 30% seines Einkommens für Wohnkosten ausgeben soll, sind daher massive Anstrengungen auf dem Wohnungsmarkt

notwendig. Neben dem Neubau von bezahlbaren Wohnungen muss die aktive Bekämpfung von Leerstand und Zweckentfremdung, eine wirksame und rechtskonforme Mietpreisbremse sowie die Umwandlung von leerstehenden und nicht genutzten Büro- in Wohnraum voran getrieben werden. Zudem muss gelten: Einmal sozial gebaut, soll die Sozialbindung für immer bestehen bleiben.

6. Liegenschaftspolitik vorausschauend betreiben - (Grundstücks-) Vergabe nach Konzeptqualität fördern

Öffentlicher Grund und Boden soll der Allgemeinheit dienen, nicht dem Profit weniger. Das Land Hessen war in den vergangenen Jahren der größte Immobilienspekulant im Land. Entwicklungsflächen wie das Gelände des ehemaligen Frankfurter Polizeipräsidiums wurden jahrelang dem Verfall preisgegeben und dann meistbietend verkauft.

DIE LINKE fordert das Land im Grundsatz keine öffentlichen Immobilien und keinen öffentlichen Boden mehr verkaufen soll. Bei der Neuvergabe öffentlicher Grundstücke und solcher, die sich im Besitz von Landesstiftungen oder -gesellschaften befinden und für den Wohnungsbau vorgesehen sind, werden diese nur den öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften und gemeinnützig agierenden Genossenschaften zum Sonderpreis und im Erbbaurecht zur Nutzung überlassen.

7. Klimaschutz ganzheitlich betrachten - Energiewende lebenswert umsetzen

Um die Klimakatastrophe noch abzumildern sind sofortige Maßnahmen erforderlich. Die Energiewende darf nicht ausgebremst werden, sondern muss noch beschleunigt werden. Die Stromerzeugung soll dezentralisiert und in öffentlicher Hand geschehen, beispielsweise durch kommunale Windparks. So bleiben die Profite vor Ort.

Die Mobilität muss grundsätzlich neu gedacht werden. Nach wie vor beherrschen die Vermächtnisse der "Autogerechten Stadt" das Denken - und der Hype um das vermeintliche Allheilmittel Elektro-Auto bremst das notwendige Umdenken. Im Ballungsraum müssen die Verkehrsträger des Umweltverbundes aus ÖPNV, Fahrrad- und Fußverkehr klaren Vorrang vor dem Kfz-Verkehr haben und für alle Bevölkerungsgruppen attraktiv gemacht werden. Auch die Fahrpreise sollten dafür perspektivisch auf Null gesenkt werden.

Auf dem Land muss vielerorts überhaupt erst ein nennenswertes ÖPNV-Angebot geschaffen werden, damit Haushalte nicht mehr so viele PKW wie erwachsene Familienmitglieder benötigen, wie das heute die Regel ist.

8. Digitalisierung des Planungs- und Bauwesens mit Augenmaß vorantreiben - Die Potenziale von BIM nutzen und alle Prozessbeteiligten integrieren

Die Entwicklung bei der Digitalisierung muss beobachtet und begleitet werden. Entwicklungen wie BIM werden sich nicht aufhalten lassen und bringen ohne Zweifel auch Vorteile mit sich. Dabei dürfen die kleinen und mittelständischen Betriebe nicht auf der Strecke bleiben. Wir fordern unter anderem effektivere und verlässliche

Finanzierungsprogramme für den Mittelstand und den wirksamen Schutz vor der Marktmacht großer Unternehmen, Konzerne und Auftraggeber. Wir brauchen motivierte, wirtschaftlich abgesicherte und qualifizierte Ingenieurinnen, Architekten und Planerinnen, damit die Energiewende gelingt, die Infrastruktur modernisiert und die Planung von Leben, Wohnen und Arbeiten auf dem Land und in der Stadt baulich erfolgreich umgesetzt werden kann. Durch die Stärkung öffentlicher Investitionen und die Verbesserung der kommunalen Haushaltssituation sollen auch die mittelständischen Planungs-, Ingenieurs- und Architekturbüros bei der Bewältigung der Herausforderungen wie Fachkräftenachwuchs, Betriebsübergänge oder eben der Digitalisierung unterstützt werden.

9. Staatliche Zuschussförderung an Qualitätskriterien binden - Bauherrenkompetenz sichern

Wohin Bauen nach vorrangig ökonomischen Kriterien führt, sieht man in Stadtvierteln der vertanen Chancen, wie dem Frankfurter Europaviertel. Die Qualität und der Nutzen einer Planung für die Allgemeinheit sollen auf jeden Fall Vorrang erhalten - bei gleichzeitig größtmöglicher Transparenz. Städtebauliche Wettbewerbe können hierfür eine Möglichkeit sein. Damit Zeit- und Kostenpläne eingehalten und die notwendigen Funktionen des Bauvorhabens auch erreicht werden, ist von Beginn an eine realistische Gesamtplanung und Projektsteuerung notwendig, die sich am Bedarf und einer realistischen Chancen- und Risikobewertung orientieren, nicht politisch opportunen Größen. Selbstverständlich ist dazu ein Wandel in der Vergabekultur notwendig.

10. Faire Auftragsbedingungen im öffentlichen Auftragswesen gewährleisten - Mittelstand fördern

Nicht die billigsten Anbieter, bei denen die Nachtragsplanungen schon in der Schublade liegen, sind zu beauftragen, sondern die besten Planerinnen und Planer. Bauunternehmen mit überschaubarer Sub- und Subsubunternehmerstruktur müssen vordringlich berücksichtigt werden.

DIE LINKE möchte ein Vergabegesetz, dass verlässliche Unternehmerinnen und Unternehmer bevorzugt, die seriös kalkulieren, ihre Beschäftigten gut bezahlen und ausbilden. Soziale und ökologische Mindeststandards müssen gelten. Regionale kleine und mittelständische Betriebe sollen gute Chancen haben, zum Zuge zu kommen.

Als größter Auftraggeber der Privatwirtschaft hat die öffentliche Hand eine besondere Verantwortung und könnte erheblichen Einfluss ausüben, um die Maßstäbe im Wirtschaftsleben zu verbessern.